

Sitzung des Rates am 21. Februar 2019
TOP 2.2. „Ruhrkonferenz“

„Ruhrkonferenz - Auftrag und Chance“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

„Starken Metropolregionen gehört die Zukunft im weltweiten Wettbewerb. Und die Städte und Gemeinden an Ruhr, Emscher und Lippe haben das Zeug dazu, in dieser Liga mitzuspielen. ... Die Ruhrkonferenz ist ein Prozess, um die Potentiale der Region und die Chance zum Wohle des Ruhrgebietes, aber auch des ganzen Landes Nordrhein-Westfalen, zu nutzen.“ –

Mit diesen Worten beschreibt **Ministerpräsident Armin Laschet** im Nachgang der Sitzung des Landeskabinetts am 31. August 2018 das Kernanliegen der von seinem Kabinett ins Leben gerufenen „Ruhr-Konferenz“. Der Leitgedanke des Ministerpräsidenten: **„NRW kann nur stark sein, wenn das Ruhrgebiet stark ist.“**

Damit ist der Pfad markiert ...

Die Ruhrkonferenz hat **historische Vorbilder**:

Hohe Arbeitslosigkeit und akute Strukturprobleme im Zuge der Stahlkrise gaben **1979** den Anstoß für die vom damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau einberufene, zweitägige „**Zukunftskonferenz Ruhrgebiet**“.

Zustande kam damals das „**Aktionsprogramm Ruhr 1980 bis 1984**“ als begrenzte Sonderhilfe für das Ruhrgebiet aus Finanzmitteln des Landes und Bundes.

Im **Februar 1988** fand im Bonner Kanzleramt die von Bundeskanzler Helmut Kohl eingeladene „**Montan- bzw. Ruhrgebietskonferenz**“ statt. Ihr Ziel war es, „Wege zur Überwindung der Schwierigkeiten in den Montanstandorten des Ruhrgebietes zu suchen und die notwendigen Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu entwickeln, um eine rasche Revitalisierung des Ruhrgebietes zu ermöglichen.“

Gefördert wurden Alternativen zu Kohle- und Stahl, es wurde in Schulen und Hochschulen investiert, die Forschungslandschaft im Revier weiterentwickelt, Beschäftigungs- und Beratungszentren gegründet. Aus der Montankonferenz resultierte auch das auf zehn Jahre angelegte Zukunftsprogramm der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“. **Die Vorläufer der aktuellen Ruhrkonferenz sollten helfen, Krisen zu bewältigen.**

Und heute? Bedarf es einer Ruhrkonferenz? – Einer Konferenz für das Ruhrgebiet, die möglicherweise zu Argwohn in anderen Landesteilen von NRW führt? Ist der mit den Vorgängern der aktuellen Ruhrkonferenz eingeleitete Strukturwandel nicht längst bewältigt?

Ohne Frage ließen sich an dieser Stelle viele **Beispiele für einen gelungenen Strukturwandel** anführen, denken wir nur an die Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region oder an die erfolgreiche Ansiedlung vieler neuer Branchen und die damit verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Angesichts der Nachrichten um **Thyssen-Krupp, RWE / E.ON / Innogy und Karstadt / Kaufhof** zeigt sich aber, dass der Strukturwandel längst noch nicht abgeschlossen ist. Die Herausforderungen für die Region bleiben in Zeiten globaler Vernetzung und fortschreitender Digitalisierung und zunehmender Konkurrenz unverändert groß. Die Metropolregion Ruhr bleibt ein Zentrum, an dem sich die Aufgaben unserer Zeit in besonderer Weise stellen. Die Themenpalette ist breit gefächert von A – Z, von **Arbeitslosigkeit bis Zuwanderung ...**

Ministerpräsident Armin Laschet stellt in Abgrenzung zu den beiden vergangenen Ruhrkonferenzen immer wieder klar: „**Die Ruhrkonferenz ist keine Krisenkonferenz.**“ Die aktuelle Beschluss-Vorlage formuliert: „Wir wollen keine „Jammerkonferenz“.“

Ziel soll vielmehr sein, die Region Ruhr zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln – mit neuen Perspektiven auch für das Bundesland NRW.

Nicht der „Konferenzgipfel“ der Vergangenheit ist das Muster.

Beschritten wird ein völlig neuer Weg: Die

„Ruhrkonferenz“ ist als mehrjähriger Dialogprozess, als DEKADEN-Projekt angelegt. Als **„Bürgerkonferenz“**, in die sich die Menschen des Ruhrgebiets mit ihren Projekten,

Ideen, Konzepten und ihrem Wissen aktiv einbringen

können. Bislang sind nach Auskünften der Staatskanzlei

bereits über **280 Projektvorschläge von mehr als 3.300**

Bürgern über die eingerichtete Internetplattform

(www.dialog.ruhr-konferenz.nrw) eingegangen. Die

Ruhrkonferenz soll Zukunftskonzepte **für** die Region **aus**

der Region formulieren. Mehr als **940 Experten** aus

Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Verbänden haben

sich in einer ersten Zwischenbilanz der Landesregierung

Anfang Februar 2019 in die Beratungen über die Zukunft

des Reviers eingebracht.

Der Ansatz der Ruhrkonferenz wird sehr schön mit Worten

von **Landesminister Stephan Holthoff-Pförtner**, dem

Koordinator der Ruhrkonferenz in der Landesregierung,

zusammengefasst:

„Die Menschen im Ruhrgebiet wissen, mit welchen Projekten sie auf dem Weg zur Metropolregion vorankommen. Deshalb schafft die Landesregierung mit der Ruhr-Konferenz einen Rahmen für die Zusammenarbeit. Diese Struktur gilt es jetzt mit Leben zu füllen.“

Wir meinen:

Die Projektstruktur ist gut, auf Partizipation, Zukunft, regionalen Konsens & Nachhaltigkeit angelegt.

Mit Beschluss der heutigen Vorlage leistet die Stadt Dortmund ihren Beitrag. Und dieser Beitrag ist – allen Respekt ! - von Seiten unserer Stadt gut vorbereitet. Die Projektliste zeigt, wie viele zukunftsorientierte, Hoffnung gebende & in Teilen innovations-orientierte Vorhaben ganz unabhängig von der „Ruhrkonferenz“ bereits angestoßen bzw. unterstützt mit politischen Beschlüssen in der Pipeline (oder besser: in der „Pfeifenlinie“) stecken.

Es wäre schön und entspricht unserer Erwartung, wenn eine Vielzahl der darin aufgeführten Projekte mit Hilfe der Ruhrkonferenz einen zusätzlichen Schub bekäme.

Der „Masterplan Mobilität“ wird uns noch im weiteren Fortgang der Ratssitzung beschäftigen. Bereits an dieser Stelle möchten wir wegen des Sachzusammenhangs auf unseren bereits im AUSW gestellten und beschlossenen Antrag hinweisen, den **Aufbau eines digital unterstützten dynamischen Verkehrsmanagements** mit Blick auf die Region auch als Thema für die Ruhrkonferenz vorzusehen.

Anlage und zeitliche Perspektive des Prozesses werden uns und anderen politischen Richtungen, Fraktionen und interessierten Bürgern noch hinreichend Gelegenheit zu konstruktiver Mitarbeit & weiteren Beiträgen geben können. Der Prozess ist angestoßen, wir wünschen uns, dass er erfolgreich sein wird für Dortmund.

Nicht alle der beteiligten Städte werden Beiträge / Vorschläge / Anregungen in der Breite der aufgerufenen Themenpalette liefern oder auch so schnell leisten können – Ausweis auch guter und erprobter Zusammenarbeit und erfolgreichen Zusammenwirkens von Politik & Verwaltungshandeln in Dortmund. Vorhaben, Vorschläge und Vorlage haben unsere Unterstützung und wir werden

daran mitwirken, das Projekt für Dortmund zum Erfolg zu führen.